

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezug halbmil. DM. 1.10. Postbez. monat. 15 Kopfg., Sonntags 25 Kopfg. Vollbezugkonto: Amt Leipzig Nr. 16.64. Geschäftsstelle: Döbelerstraße 4, Zweigstelle: Schulstraße 3. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle abh. Gew. (Streik u. a.) besteht K. Ansp. a. Liefer- od. Rückvergrät.



Anzeigenpreis für den adreptelbaren Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachstellungen 21 Goldpfg. Aufflagung. — Bei Umrahmung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Tages zu berücksichtigen. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Tagespostzeit ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 54

Dienstag, den 4. März 1924

164. Jahrgang

Der Papst gegen Ludendorff.

Ein Motu proprio.

Wien, 3. März. Wie die Telegraphen-Agentur aus der Umgebung des Kardinalerzbischofs Sankt in Wien hört, wird der heilige Stuhl in einem Motu proprio zu den Erklärungen Ludendorffs vor dem Münchener Gerichtshof Stellung nehmen. Ebenso wird das deutsche Episkopat sich mit den Behauptungen Ludendorffs beschäftigen und unmittelbar nach Beendigung des Münchener Prozesses, voraussichtlich auf einer

Bischofskonferenz in Juba

in einem öffentlichen Hirtenbrief an die Katholiken Deutschlands den Ausführungen Ludendorffs entgegenzutreten. In einem Rundschreiben an die Priester der Kölner Erzdiözese wird Kardinal Sankt Nistlinien für die Zurückweisung der Ludendorff-Erklärungen von der Kanzel aus mitteilen.

Am Plenarversammlung des Reichstages fand am Sonntag eine Verlesung des Volkstages für die katholischen Deutschlands statt, in der Reichskanzler Dr. Marx und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sprachen. Reichskanzler Marx bezeichnete es als ein nationales Verhängnis, daß viele Kreise dem neuen Staat teilnahmslos oder gar feindselig gegenüberstünden. Er sei gewiss, daß die Mitarbeit am Staatswohl von der Staatsform unabhängig zu machen. Die Revolution von 1918 sei zweifellos ein großes Verhängnis gewesen. Seit Mitte 1919 sei aber die Verfassung angenommen worden. Der neue Staat habe nunmehr eine unbestreitbare Rechtsgrundlage. Der neuen Staat durch Ruffische oder andere gewaltsame Handlungen befehlen solle, sei ein Doppeltäter.

Der Reichskanzler beschäftigte sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen mit der

völkischen Bewegung.

die er als verhängnisvoll kennzeichnete. Der Sieg der völkischen Idee in ihrer kräftigen Auswirkung bedeute den Krieg aller gegen alle, die Verletzung des Völkers. Zum Schluß warnte sich Reichskanzler Dr. Marx gegen die bekannten Ausführungen Ludendorffs über die deutschen Katholiken, die er als Verleumdungen zurückwies. Mit General Ludendorff beschäftigten sich auch die Ausführungen des zweiten Redners, des

Reichsarbeitsministers Dr. Brauns. Er führte aus, Ludendorff habe sich bei seiner eigenen Ehrenrettung zum Ankläger anderer gemacht. Er habe sich als Typ des echt preuß. Reichsfeindens (!) alles Katholischen gegolten. Gegenüber dem Vorwurf Ludendorffs gegen die Zentrumspolitik in Oberhessien erwiderte Dr. Brauns, daß ohne die Politik des Zentrums sicherlich auch noch der Rest Oberhessien polnisch geworden wäre. In der Zurückweisung des Angriffs Ludendorffs gegen den ermordeten Abgeordneten Erzberger machte Dr. Brauns die bemerkenswerte Mitteilung, daß im Herbst 1918, als in Berlin über die Frage der Absetzung des Kaisers und Abfassung der Monarchie verhandelt worden ist, das Zentrum und insbesondere der Abg. Erzberger für das Verbleiben der Hohenzollern sich eingesetzt hätten. (19)

Dr. Brauns kam in seiner Rede auch ausführlich auf die gegenwärtige wirtschaftliche und sozialpolitische Lage zu sprechen. Die Zahl der Arbeitslosen betrage insgesamt fünf Millionen, die Zahl der nur von öffentlichen Unterstützungen lebenden insgesamt 15 Millionen. Ein Abbau der Sozialpolitik liege nicht in der Frage. Die Sozialpolitik müsse sich aber den wirtschaftlichen Möglichkeiten anpassen. Auch dann, wenn zeitweilig etwas mehr gearbeitet werden müsse, könne nicht etwa die Rede davon sein, daß die sozialen Erwerbsverhältnisse, die seit 1918 erreicht worden sind, preisgegeben werden.

Wirksame Propaganda.

Wien, 4. März. Der „Messager“ spricht von der großen historischen Bedeutung des Diller-Prozesses, erklärt die völkische Bewegung für nicht erköpft und glaubt im Gegenteil an einen bevorstehenden Zusammenstoß zwischen dem jetzigen staatspolitischen Regime und den nationalen Kräften. Die neuen Ideen bezeichnet das Blatt als von Ludendorff inspiriert.

Die Verhaftung Kuhrs beantragt.

München, 4. März. Am Verlaufe der gestrigen Vormittags-Sitzung im Diller-Prozess kam die Verhaftung zu dem Ergebnis, daß das Ministerkabinett bei dem Zusammenstoß am Döbelsplatz auf das Konto Kuhrs-Zöfelinger zu setzen sei und erklärte, daß Kuhrs nach der sofortigen Verhaftung von Dierck drei Herren und des Oberleitnants Freiwasser von Götlin, die der Landespolizei führten, notwendig sei. (Der Bericht über die Verhandlung befindet sich in der Beilage der heutigen Zeitung.)

Das Echo des Briefwechsels.

Englisches Mißtrauen.

London, 3. März. Die „Times“ begrüßt sich bei der Wiedergabe des Briefwechsels mit der Bemerkung, daß Ramsay MacDonald den lobenswerten Versuch fortsetze, in Frankreich eine günstige Atmosphäre zu schaffen, und betont in einem langen Aufsatz die Wichtigkeit des belgischen Faktors, welches Land wiederum eine Unabhängigkeit behaupten und Europa einen großen Dienst leisten könne. Soweit die Mätre sich gegen die bekannten Ausführungen Ludendorffs über die deutschen Katholiken, die er als Verleumdungen zurückwies. Mit General Ludendorff beschäftigten sich auch die Ausführungen des zweiten Redners, des

Ein Unterton des Zweifels

im Schreiben untereinander. Niemand aber könne übersehen, daß Poincare nach Wehrlich der schwache Redner in allen Verhandlungen zu unerschütterlich als je. Darf ich und bezüglich seiner Ziele einfach nach dem Grundgedanken handeln: „Wenn du es getan, dann leugne!“ Die Diehardpresse befaßt wieder die Taktik, Ramsay MacDonald als überzeugten Franzosenfreund zu bezeichnen. Sie ignoriert die erste Warnung an Frankreich, die Ramsay MacDonalds Brief darstellen soll und legt allen Nachdruck auf das Eintreten für eine Verständigung. Eine ähnliche Taktik verfolgt die „Daily Mail“, Lord Beaverbrook betont im „Daily Express“ richtig die Stärke MacDonalds in seinen Verhandlungen mit Poincare im Vergleich mit Baldwin, gegen den stets ein wichtiger Hinweis seiner Partei Poincare unterstellt habe, während Ramsay MacDonald die Diehards ignorieren könne.

Die Pariser Presse sucht zu beschönigen.

Paris, 3. März. Auf dem „Lumi d'Orsay“ erklärte man gestern abend, wie der diplomatische Fortschreiten der „Daily Mail“ erfüllt, der Briefwechsel MacDonald-Poincare bedeute einen ausgezeichneten Schritt auf der ganzen Linie und seine Veröffentlichung beweise den Wunsch Frankreichs nach Stärkung der Entente und Befestigung der Meinungsverschiedenheiten. Zugleich aber wird wegen dieser Veröffentlichung Hinweis vom Blatte Millerands, der „Vieillesse“, klar angefahren.

Am Pariser Auswärtigen Amt erklärt man, daß nur die Stärkung des Einvernehmens zwischen London und Paris ein Erfolg der Sadverhandlungen verpasse, was nur dann die deutsche Regierung es sich überlegen würde, die Vorläufe der Sadverhandlungen abzulehnen. Sofort nach Prüfung des Sadverhandlungsberichtes in der Reparationskommission werde die Zeit kommen, um eine endgültige

Regelung der Reparationsfrage vorzunehmen. Die französische offizielle Presse will die

schweren Vorwürfe MacDonalds gegen Poincare nicht Wort haben. Sie geht stillschweigend darüber hinweg und hält sich bei ihrer Beurteilung hauptsächlich an den Brief Poincares, den sie ausgedehnt findet.

Der „Martin“ schreibt, beide Briefe befanden vollkommenen Ernst. Die Briefschreiber sagen sich harte Wahrheiten, aber die Absicht geht dahin, sich zu verständigen.

Der „Petit Parisien“ lobt die beherztigen Anstrengungen zur Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion der beiden Länder, um der ungewissen Lage in Europa abzuhelfen.

Das „Echo de Paris“ erkennt an, daß die beiden Ministerpräsidenten den Wunsch nach einem Einvernehmen haben. Alle nebenstehenden Fragen könnten leicht aus der Welt geschafft werden. Ramsay MacDonald habe drei Studien für die Verhandlungen vorgelegt: 1. französisch-englische Beziehungen, 2. europäischer Kongreß, 3. Unterdrückung Amerikas. Poincare halte sich einwilligen nur an die französisch-englischen Beziehungen. Es werde von MacDonald abhängen, ob sie fruchtbar werden.

Der „Gaulois“ schreibt: Von heute ab könnten unter sehr ermäßigten Bedingungen Verhandlungen stattfinden. Es gäbe keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mehr, nur müßten diese Grundzüge angewandt werden und man könnte ein Einvernehmen über die Garantien treffen, die von Deutschland zu fordern seien. Dies sei aber der eigentliche Punkt des Problems, welche Seite der Völkerverbund ein Kompromiß finden.

Macdonald über das Saargebiet.

London, 3. März. In Antwortung einer Anfrage hinsichtlich des Saargebiets erklärte MacDonald heute im Unterhause, die englische Regierung wünsche, daß die Friedensbedingungen so schnell wie möglich in Kraft treten. Es hätten sich indessen finanzielle Schwierigkeiten betreffend die sofortige Schaffung einer Saargebietspolizei er ergeben.

Das Einvernehmen gestärkt.

Die Schwierigkeiten bleiben.

London, 4. März. In heftigen offiziellen Kreisen erwartet man, daß die mit dem Studium der deutschen Finanzlage mit Bezug auf die Reparationen von der Reparationskommission beauftragten Sadverhandlungsausschüsse dieser Körperchaft ihre Berichte innerhalb der nächsten 14 Tage oder drei Wochen vorlegen werden. Zwischen müssen alle Meinungen über die angebotenen Beschläge der Sadverhandlungen

Was haben wir von der Regierung Mac Donald zu erwarten?

In Deutschland haben Demokraten und Sozialdemokraten auf die neue Arbeiterregierung in England große Hoffnungen gesetzt. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß solche Hoffnungen auf einen Regierungswechsel im Auslande gebührend getätigt werden. In anderen Ländern kennt man keine „internationale Solidarität“ bestimmter Partei- und Berufsgruppen, in anderen Ländern kennt man nur eine nationale Politik, gleichgültig, ob sie von einem Großgrundbesitzer aus allem Gesichts oder einem einfachen Arbeiter gemacht wird. Politischen Utopien jagt man nur in Deutschland nach.

Tiefe andersartige Einstellung des Auslandes hat aber nichts damit zu tun, daß man dort sehr gern die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands für seine eigenen Zwecke ausnützt. So ist man in England zweifellos etwas enttäuscht, daß in Deutschland sich eine stetig zunehmende Rechtsentwicklung des politischen Lebens bemerkbar macht. Man hätte nicht etwa eine deutsche Einkreisung eher „geholt“, so nein, aber eine deutsche Regierung, die nur aus vererbten Sozial- und anderen Demokratien besteht, ist beider für die rein englischen Zwecke zu mißbrauchen! Was hat England denn eigentlich begehrt Deutschlands für Ziele? Darauf gibt es wohl nur eine Antwort: England will auf jeden Fall verhindern, daß Deutschlands Industrie und Handel wieder konkurrenz auf dem Weltmarkt wird. Andererseits soll es wirtschaftlich soweit erstarken, daß es als kaufkräftiger Abnehmer englischer Waren wieder in Betracht kommt. Diese Gedankenlage erst erklären die sonst ganz unverständlichen Widerstände in Englands Verhalten gegenüber den Franzosen. Diese Politik Deutschland gegenüber wird gemacht und muß gemacht werden von dem festeren Unternehmer ebenso wie von dem sozialistischen Arbeiter. Beide haben das eine große Interesse: Verminderung der Arbeitslosigkeit in England. Jede englische Regierung aus welcher Partei sie auch hervorgehen mag hat das allergrößte Interesse daran, in Deutschland möglichst tief Sozialismus zu leben, denn man hat ja zur Genüge erfahren, wie glänzend die deutschen Sozialisten es verfehlen, die Produktivität der deutschen Industrie auf ein Minimum zu vermindern. Je mehr Sozialismus in Deutschland, um so weniger kann die deutsche Industrie konkurrenzieren!

Fräglich ist es ja nur, ob England, wenn es die Bewirtlichung dieses ersten Punktes erreicht hat, noch an den zweiten Punkt denken kann. Wie soll Deutschland ein Absatzgebiet für englische Waren sein, wenn es nichts mehr verdienen kann. Darin liegt der grundlegendere innere Widerspruch der englischen Politik. Deutschland ist in den letzten fünf Jahrzehnten ein Industrieland geworden: seine Bevölkerung lebt zum großen Teile von der Industrie und muß in Glend untergehen, wenn die deutsche Industrie ihr keine Erwerbsmöglichkeit mehr geben kann. Die englischen Einmengen gehen 100 und mehr Jahre zurück in die Zeiten, das Reich als ein rein landwirtschaftliches Land ein guter Abnehmer englischer Manufaktur-Waren war, und als Konkurrenz auf industriellem Gebiet überhaupt keine Rolle spielte. Diesen Zustand heute wieder herzustellen, ist nicht möglich, obwohl sich die deutschen „Genossen“ die allergrößte Mühe geben, wenigstens die deutsche Industrie zu ruinieren. Deutschland ist nur lebensfähig, wenn Industrie und Landwirtschaft, die heute völlig von einander abhängig sind, lebensfähig bleiben. Wir können keinen von beiden Wirtschaftszweigen England oder einem anderen Lande zu Hilfe zugrunde richten. Wenn sich also deutsche Arbeiter einbilden, die englische Arbeiterregierung würde ihre Politik von ihrer Sympathie zu deutschen Genossen leiten lassen, so irren sie sich gründlich. Welche Hand haben ihnen das ihre Führer vorgegeben, darum wird es aber doch nicht wahr. Der englische Arbeiter hat auch keinerlei Regelung zu dem deutschen Arbeiter. Man mag in England in einigen Kreisen Mitleid mit dem deutschen Volke haben, das nunmehr seit 10 Jahren hungert und friert, aber für die deutsche Sozialdemokratie, insbesondere für ihre Führer, die internationalen, nicht verbundenen Zielen nachjagt, hat man nur Bekardung. Machen wir uns doch endlich von dem Wahne frei, die Hilfe könnte vom Auslande kommen, die Hilfe kommt nur von uns selbst, das Ausland verfolgt seine rein egoistischen Belange, wie das jeder vernünftige regierte Staat tut.

Bei der Fragestellung, was wir von einer englischen Arbeiterregierung zu erwarten haben, dürfen wir niemals übersehen, daß die englische Außenpolitik nie in keinem anderen Lande völlig unabhängig ist von der jeweiligen Regierung. Die Tradition dieser Außenpolitik ist ebenso heilig wie die alten Bräute bei der Eröffnung des Parlaments oder der Krönung des Königs. MacDonald wird ebenso wie alle seine Vorgänger aus dem liberalen oder konservativen Lager danach trachten, eine Verständigung mit Frankreich zu erreichen. Man kann es sich vorläufig noch nicht leisten, mit Frankreich zu brechen. Einmal der Tag kommen, wo es für England vorteilhafter erscheint, mit Deutschland, anstatt mit Frankreich zu gehen, noch ist dieser Tag nicht gekommen.

